

A9-G1 Finanzierung des „Grünen Ecks“ in Rendsburg

Antragsteller*in: Diana Tomsche, Verena Duden-Morsch, Jonas Boysen, (OV Schwedeneck)

Änderungsantrag zu A9

Der Kreisvorstand wird beauftragt, bis spätestens 01.07.2026 ein tragfähiges, transparentes und gerechtes Konzept zur Unterstützung von Ortsverbänden bei Raumbedarf, Infrastruktur und politischer Arbeit zu entwickeln und der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das Konzept soll insbesondere:

- die Größe und räumliche Ausdehnung des Kreisverbands Rendsburg-Eckernförde berücksichtigen,
- sicherstellen, dass alle Ortsverbände – unabhängig von ihrem Standort – angemessen profitieren,
- verschiedene Modelle prüfen (z. B. dezentrale Treffpunkte, mobile Infrastruktur, projektbezogene Raumnutzung, anteilige Zuschüsse, Rotationsmodelle),
- klare Kriterien für Förderung, Finanzierung und Nutzung enthalten,
- sowie eine finanzielle Gesamtabwägung für den Kreisverband darstellen.

Bis zur Beschlussfassung eines solchen Konzepts sollen keine dauerhaften finanziellen Verpflichtungen zugunsten einzelner Standorte eingegangen werden.

Begründung

Der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde ist räumlich sehr groß und strukturell heterogen. Ein erheblicher Teil der Mitglieder lebt und engagiert sich außerhalb des Raums Rendsburg. Eine zentrale, dauerhaft finanzierte Anlaufstelle kommt daher nicht allen Mitgliedern gleichermaßen zugute.

Eine einseitige Finanzierung eines einzelnen Standorts birgt die Gefahr,

- regionale Ungleichgewichte zu verstärken,
- Ressourcen zu binden, die andernorts für politische Arbeit fehlen,
- und langfristige Verpflichtungen einzugehen,

ohne eine gesamtstrategische Grundlage für den gesamten Kreisverband zu haben.

Ein kreisweites Konzept stärkt:

- die Solidarität zwischen Ortsverbänden,
- die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen,
- und die nachhaltige Entwicklung grüner Strukturen in der Fläche.

Ziel ist nicht, bestehendes Engagement abzuwerten, sondern eine Lösung zu entwickeln, die dem gesamten Kreisverband gerecht wird.

Ä1 Finanzierung des „Grünen Ecks“ in Rendsburg

Antragsteller*in: OV Eckernförde und OV Region Rendsburg

Beschlussdatum: 14.01.2026

Änderungsantrag zu A9

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Die Kreismitgliederversammlung beauftragt den Kreisvorstand, vorrangig ein flächendeckendes Finanzierungsmodell zur Unterstützung der Ortsverbände bei der Anmietung von Räumlichkeiten zu entwickeln.

Dieses Modell soll sowohl die dauerhafte Anmietung von Büros als auch die zeitweise bzw. tageweise Anmietung von Räumen für Sitzungen, Veranstaltungen und politische Arbeit ermöglichen.

Nach Vorlage dieses Modells entscheidet die Kreismitgliederversammlung über weitere standortbezogene Maßnahmen.

Die Antragsteller*innen bitten die Kreismitgliederversammlung, diesem Änderungsantrag zuzustimmen und den ursprünglichen Antrag in dieser geänderten Form zu beschließen.

Begründung

Der Antrag zur Absicherung des Grünen Ecks macht einen realen Bedarf sichtbar und würdigt das große ehrenamtliche Engagement vor Ort. Gleichzeitig stehen mehrere Ortsverbände im Kreisgebiet vor ähnlichen strukturellen Herausforderungen bei der Raumnutzung.

Mit diesem Änderungsantrag wird zunächst eine gerechte, transparente und für alle Ortsverbände tragfähige Lösung entwickelt. Auf dieser Grundlage können anschließend sachlich und solidarisch Entscheidungen zu einzelnen Standorten getroffen werden, ohne Einzellösungen vorwegzunehmen.

Der Änderungsantrag stärkt damit die Infrastruktur des gesamten Kreisverbands und schafft Planungssicherheit für die politische Arbeit vor Ort.

Antrag und Begründung in einfacher Sprache

Änderungsantrag zum Antrag

„Übernahme der Mietkosten des Grünen Ecks in Rendsburg“

Antragsteller*innen:
OV Eckernförde und OV Region Rendsburg

Änderungsvorschlag

Der Antrag soll geändert werden.

Die Kreismitgliederversammlung soll den Kreisvorstand beauftragen, zuerst ein gemeinsames Finanzierungsmodell zu erarbeiten.

Dieses Modell soll allen Ortsverbänden helfen, Räume anzumieten.

Dabei soll es möglich sein,

- Büroräume dauerhaft zu mieten und
- Räume zeitweise oder tageweise für Treffen, Veranstaltungen und politische Arbeit zu nutzen.

Wenn dieses Modell vorliegt, entscheidet die Kreismitgliederversammlung, ob und welche einzelnen Standorte zusätzlich unterstützt werden.

Die Antragsteller*innen bitten die Kreismitgliederversammlung, diesem Änderungsantrag zuzustimmen und den ursprünglichen Antrag in dieser geänderten Form zu beschließen.

Erstellt mit Hilfe von KI.